



Pressemitteilung

Luxemburg, 27. Oktober 2022

Lasche Vorschriften für EU-Agenturen begünstigen Drehtüreffekte

In seinem heute veröffentlichten Jahresbericht über die EU-Agenturen vertritt der Europäische Rechnungshof den Standpunkt, dass die Agenturen ihre Personalvorschriften und -kontrollen verschärfen sollten. Es gehe darum, das Risiko zu verringern, dass Manager und andere leitende Mitarbeiter beim Wechsel in die Privatwirtschaft Stellen annehmen, durch die sie in Interessenkonflikte geraten und die Integrität der EU-Institutionen in Gefahr bringen. Zugleich bescheinigte der Rechnungshof den Agenturen eine solide Haushaltsführung und zeichnete deren Jahresrechnungen für 2021 ab. Alle 44 Agenturen erhielten eine Bestätigung für die für ihren Betrieb erhobenen Einnahmen und mit einer Ausnahme auch alle ein positives Prüfungsurteil für ihre Ausgaben, obwohl es nach wie vor häufig Probleme mit öffentlichen Ausschreibungsverfahren gibt.

"Wir können den EU-Agenturen erneut ein positives, uneingeschränktes Prüfungsurteil zu ihrer Rechnungsführung und ihren Einnahmen erteilen, und ihre Ausgaben entsprechen in der Regel den Anforderungen", so Rimantas Šadžius, das für die Prüfung zuständige Mitglied des Europäischen Rechnungshofs. *"Allerdings müssen die Gesetzgeber und die Agenturen unsere Warnung ernst nehmen und strenger gegen potenzielle Drehtüreffekte vorgehen, um Interessenkonflikte zu vermeiden und zu verhindern, ihren Ruf und den Ruf der EU zu beschädigen."*

In den Rechtsvorschriften der EU gebe es nur wenige Auflagen, die die Einrichtungen der EU verpflichten zu überprüfen, ob aktuelles und ehemaliges Personal sich an die Vorschriften zur Vermeidung von Drehtüreffekten hält. Dabei bestünde gerade bei EU-Agenturen – besonders bei Agenturen mit Regulierungsbefugnissen und Verbindungen zur Industrie – eine solche Gefahr: Einerseits stützten sich die Agenturen häufig auf Zeitarbeitskräfte, was zu hoher Personalfluktuation führe, und andererseits führe ihre Leitungsstruktur dazu, dass Mitglieder ihrer Verwaltungsräte nur für kurze Zeit ernannt würden. Problematisch sei auch, dass Verwaltungsratsmitglieder nicht zum Personal der Agenturen gehörten und damit nicht unter die Vorschriften zu Drehtüreffekten fielen. Dies schaffe ein rechtliches Vakuum und führe dazu, dass nur ein Bruchteil der potenziellen Fälle von Drehtüreffekten überprüft werde, so die Prüfer. Außerdem wendeten wenige Agenturen strengere Regeln als die gesetzlichen

Diese Pressemitteilung enthält die Hauptaussagen des Jahresberichts des Europäischen Rechnungshofs über die EU-Agenturen für das Haushaltsjahr 2021.

Bericht im Volltext unter www.eca.europa.eu.

ECA Press

12, rue Alcide De Gasperi - L-1615 Luxembourg

E: press@eca.europa.eu

@EUAuditors

eca.europa.eu

Mindestvorschriften an. Die meisten Agenturen überwachten nicht einmal deren Einhaltung, sondern verließen sich fast ausschließlich auf Selbsterklärungen ihres Personals.

Die Prüfer hatten schon in früheren Berichten auf problematische Leitungsstrukturen und Interessenkonflikte bei EU-Agenturen hingewiesen. Bei den Agenturen, die die Aufsicht über Banken, Versicherungen und die Finanzmärkte führen, werden auch im vorliegenden Bericht entsprechende Probleme benannt; sie könnten zur Folge haben, dass nationale über europäische Interessen gestellt würden.

Die Prüfer kritisieren auch erneut die Art und Weise, wie die Agenturen Waren und Dienstleistungen beschaffen, und fordern sie dazu auf, für ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis zu sorgen. Tatsächlich gehörten Mängel bei der öffentlichen Auftragsvergabe immer noch zu den Hauptgründen dafür, warum die Agenturen gegen Zahlungsvorschriften verstießen. Solche Fälle hätten zuletzt zugenommen. Bei der Hälfte der Agenturen stießen die Prüfer auf Verträge mit Mängeln. Bei der Agentur eu-LISA, die für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen zuständig ist, ermittelten sie fehlerhafte Zahlungen in Höhe von 18,1 Millionen Euro, obwohl sie auf die entsprechenden Probleme schon früher hingewiesen hatten. Die Agentur erhielt nun eine erneute Verwarnung in Form eines eingeschränkten Prüfungsurteils für ihre Zahlungen und wurde aufgefordert, ihre Vergabeverfahren und die Vertragsverwaltung zu verbessern.

Die Prüfung hat ferner gezeigt, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine sich auf drei Agenturen besonders ausgewirkt hat. Die Asyl-Agentur der EU (EUAA) habe eine Personal- und Mittelaufstockung beantragt, nachdem die EU-Länder, die ukrainische Flüchtlinge aufgenommen haben, um mehr Unterstützung gebeten hatten. Die Aktivitäten der EU-Agentur für das Weltraumprogramm (EUSPA) hätten gelitten, weil russische Sojus-Trägerraketen nicht mehr für Galileo-Satelliten eingesetzt werden konnten. Schließlich sei die für die Abwicklung insolventer Banken zuständige Agentur (SRB) zu dem Schluss gekommen, dass der Krieg die Ausfallrisiken für Banken erhöht habe, die mit Parteien in Russland, Weißrussland und der Ukraine Verträge geschlossen hätten oder Kredite an inländische Firmen vergeben hätten, die den Auswirkungen des Krieges am stärksten ausgesetzt seien.

Hintergrundinformationen

Die EU-Agenturen haben großen Einfluss auf wichtige Bereiche des täglichen Lebens der Europäerinnen und Europäer wie etwa Gesundheit, Sicherheit und Justiz. Im Jahr 2021 gaben sie 13,1 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt für Programme aus, die unter anderem dem europäischen "Grünen Deal" und der Forschung dienten. Sie beschäftigten 14 430 Personen (17 % des gesamten EU-Personals) und verfügten über einen Gesamthaushalt von 4,1 Milliarden Euro (2,5 % des gesamten EU-Haushalts), wobei der SRB nicht berücksichtigt ist. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex steht mit 1 500 Mitarbeitern und einem Haushalt in Höhe von 500 Millionen Euro an erster Stelle.

Drehtüreffekte treten im EU-Kontext auf, wenn Bedienstete, die den öffentlichen Dienst der EU verlassen, Stellen in der Privatwirtschaft annehmen, die einen Bezug zu ihrer vorherigen Tätigkeit aufweisen. Dies kann zu Interessenkonflikten führen und die Integrität der EU-Institutionen gefährden, da wertvolles Insider-Wissen in den Privatsektor gelangen kann, wenn ehemalige Bedienstete möglicherweise Lobbying gegenüber ihren ehemaligen Kollegen betreiben oder noch

aktiv tätige Beamte wegen einer potenziellen Beschäftigung bei einem anderen Arbeitgeber voreingenommen sind.

Der vollständige Jahresbericht über die EU-Agenturen sowie die Zusammenfassung "Kurzinformation zur Prüfung der EU-Agenturen 2021" sind auf der [Website des Europäischen Rechnungshofs](#) abrufbar. Heute, am Donnerstag, den 27. Oktober 2022 halten die Prüfer eine Online-Konferenz zur Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung in den EU-Agenturen ab. Im Mittelpunkt stehen das Risiko von Interessenkonflikten im Zusammenhang mit Drehtüreffekten und Probleme bei der öffentlichen Auftragsvergabe. [Liveübertragung](#) auf YouTube von 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr.

Pressekontakt

Pressestelle des Europäische Rechnungshofs: press@eca.europa.eu

- Damijan Fišer: damijan.fiser@eca.europa.eu – Mobil: (+352)621 552 224
- Vincent Bourgeais: vincent.bourgeais@eca.europa.eu – Mobil: (+352)691 551 502
- Claudia Spiti: claudia.spiti@eca.europa.eu – Mobil: (+352) 691 553 547